

Unterbezirksparteitag des SPD-Unterbezirks Mainz-Stadt am
2.6.2007

Folgender Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen:

Antrag 3, Deutsche Bahn

Der Unterbezirksparteitag der Mainzer SPD lehnt den Verkauf des Kerngeschäftes der Deutschen Bahn, nämlich des Schienenverkehrs, an Finanzinvestoren ab. Das gilt insbesondere für den Teilverkauf des Bahnnetzes und der Infrastruktur. Diese müssen vollständig in der Hand des Bundes bleiben.

Statt die Deutsche Bahn an Investoren, die nur an hohen Renditen interessiert sind, zu verkaufen, soll die Deutsche Bahn als öffentliches, ökologisches und flächendeckendes Verkehrssystem mit überschaubarer Tarifstruktur im Verbund mit regionalen Verkehrsträgern erhalten und weiter verbessert werden.

Dieser bzw. ein sinngemäßer Antrag ist von den Mainzer Delegierten auf dem nächsten Bundesparteitag einzubringen.

Die Mainzer Delegierten fordern ihren Bundestagsabgeordneten Michael Hartmann auf, ab sofort in der SPD-Bundestagsfraktion im Sinne dieses Antrags tätig zu werden.

Begründung:

Die Deutsche Bahn hat sich unter ihrem Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn zu einem weltweit agierenden Logistikunternehmen entwickelt. Auf Pump wurden Unternehmen gekauft, die nichts mit der eigentlichen Aufgabe der Bahn zu tun haben. Dadurch ist die Bahn inzwischen zwar zum weltweit zweitgrößten Luftfrachtunternehmen aufgestiegen, aber sie hat sich von ihrer Kernaufgabe immer weiter entfernt. Diese Kernaufgabe ist im Artikel 87 des Grundgesetz festgeschrieben, in dem gefordert wird, dass die Bahn *„dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen“* zu dienen hat

Zur Zeit wird vom Bundesverkehrsministerium ein Privatisierungsgesetz erarbeitet, nach dem die Aktien der Deutschen Bahn, die bisher zu 100% im Besitz des Bundes sind, an Finanzinvestoren verkauft werden sollen. Dieser Verkauf würde das Wirtschaftsziel dieses Unternehmens wesentlich ändern; es ginge nicht mehr darum, der Bevölkerung ein flächendeckendes, öffentliches Verkehrssystem zur Verfügung zu stellen sondern nur noch um die Erzielung einer maximalen Kapitalrendite.

Diese für unseren Staat wichtige und weittragende Entscheidung ist innerhalb der SPD nie grundsätzlich diskutiert, geschweige denn darüber entschieden worden. Auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion ist dieser Verkauf höchst umstritten. So haben die SPD Bundestagsabgeordneten Peter Friedrich, Dr. Hermann Scheer, Dirk Becker, Kurt Bodewig, Monika Griefahn und Lothar Mark in einem offenen Brief alle SPD-Bundestagsabgeordneten aufgefordert, den Börsengang der deutschen Bahn zu verhindern. Eine Diskussion innerhalb unserer Partei über die Konsequenzen eines Verkaufs der Deutschen Bahn ist überfällig.

Die Kernaufgabe der Bahn, nämlich ihr Mobilitätsauftrag ist im Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz festgeschrieben. Dort heißt es: *„Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz..... Rechnung getragen wird“*

Mit dem Verkauf der Deutschen Bahn an Finanzinvestoren wird sich die Unternehmenspolitik von der bisherigen Zielrichtung eines flächendeckenden, ökologischen Verkehrssystems auf das Ziel der Gewinnmaximierung verändern. Auch wenn das Netz nur zu 49% verkauft wird, so

haben die Investoren ein Recht auf die Maximierung der Gewinne. Wie die Rechtsprechung zeigt ist dieses Recht erfolgreich einklagbar. Private Investoren werden also folgendermaßen vorgehen:

- Nicht-rentable Strecken werden still gelegt,
- alle Grundstücke, die nicht zwingend nötig sind, werden verkauft
- die Arbeit wird "verdichtet" und Personal entlassen,
- die Löhne werden gesenkt,
- ökologische und soziale Vorgaben werden nur akzeptiert, wenn sie zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind. Das im Grundgesetz aufgeführte "Wohl der Allgemeinheit" wird bedeutungslos.

Dass diese Konsequenzen kein unrealistisches Horrorszenario darstellen, ist deutlich am Beispiel der privatisierten Telekom oder der privatisierten Bahngesellschaften in Großbritannien oder Argentinien zu sehen.

Mit diesen Geschäftsvorgaben kann langfristig kein zukunftsfähiges, ökologisches und flächendeckendes Verkehrssystem unterhalten und optimiert werden. In der Zeit des Klimawandels wäre es verantwortungslos gegenüber kommenden Generationen, dieses Verkehrssystem internationalen Finanzinvestoren zu überlassen.

Deshalb lehnt der SPD-Unterbezirkstag Mainz einen Verkauf des Schienenverkehrs der Deutschen Bahn, insbesondere aber einen Verkauf des Netzes und der Bahninfrastruktur ab.